



THERESIA BAUER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Stellv. Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon (0711) 20 63-688
Telefax (0711) 20 63-660
theresia.bauer@gruene.landtag-bw.de
www.theresia-bauer.de

Pressemitteilung

Stuttgart, den 21.04.2010

Neue Studienplätze zum Nulltarif gibt es nicht

„Nicht Qualität gegen Quantität ausspielen“

„Es wurde aber auch höchste Zeit, dass die Landesregierung den Bedarf an fehlenden Studienplätzen im Land nach oben korrigiert“, so kommentiert Theresia Bauer, die hochschulpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion die Ankündigung von Minister Frankenberg, weitere 4.000 Studienanfängerplätze zu schaffen. Mit der jetzt von der Landesregierung festgestellten Lücke sollen 20.000 neue Studienanfängerplätze im Land geschaffen werden. Die Zahl entspricht genau dem von der grünen Landtagsfraktion schon seit fünf Jahren diagnostizierten Defizit. Bauer: „Warum allerdings die Landesregierung so lange gebraucht hat, um den wirklichen Bedarf zu berechnen, ist nicht nachvollziehbar. Aber besser spät, als nie.“

Bauer weiter: „Dass allerdings Minister Frankenberg die anfallenden Zusatzkosten von 56 Millionen Euro jährlich plus einmaliger Investitionskosten von 19 Millionen Euro aus den Haushalten der Hochschulen und des Wissenschaftsressorts herauspressen will, ist geradezu absurd.“ Frankenberg will, so erklärte er in der heutigen Pressekonferenz auf Nachfrage, neue Studienplätze aus der sogenannten „Mittelschöpfung“ durch nichtbesetzte Professorenstellen finanzieren. Im Klartext: Neue Studienplätze entstehen dadurch, dass, an anderer Stelle weniger Menschen studieren können. Diese bisher schon praktizierte „Mittelschöpfungspolitik“ ist ein wichtiger Faktor für die schlechte Betreuung von Studierenden. „Die Landesregierung schätzt dieses Instrument, denn dabei verdient das Finanzministerium gleich mit“, so Bauer weiter, „denn die Hochschulen dürfen nur einen Teil der aus freigehaltenen Stellen gewonnenen Ressourcen behalten. Besser kann es für die Studierenden erst werden, wenn die Landesregierung aufhört Qualität des Studiums gegen Quantität der Studienangebote auszuspielen.“